

# Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

ACHTES JAHR  
JUNI 1957

RUPERT BREITLING

## Die deutschen Parteien im Spiegel der Wahlen

Seitdem das Gottesgnadentum der Monarchen unglaublich geworden ist, werden Staatsleitungen nur noch dann als rechtmäßig anerkannt, wenn sie vom Volke getragen werden, wenn sie von den Staatsbürgern bestellt oder wenigstens bestätigt worden sind. Das heißt, jede politische Herrschaft bedarf heute einer *demokratischen Legitimierung*. Und diese wird gewöhnlich durch Wahlen erteilt. Deshalb finden in aller Welt Wahlen statt. Darin liegt die eigentliche Bedeutung der Wahlen.

Nach den Erfahrungen mit Wahlen unter autoritären und totalitären Herrschaftsverhältnissen kann man freilich nicht jede Regierung als demokratisch legitimiert betrachten, nur weil sie Wahlen veranstaltet hat. Die Wahlen müssen frei, allgemein, gleich und geheim sein und dem Wähler eine echte politische Entscheidung eröffnen, wenn sie ihren Sinn erfüllen sollen. Nur unter solchen Bedingungen gehören Wahlen zu den wirklich wichtigen politischen Ereignissen in einem öffentlichen Gemeinwesen. Nur dann zeigen sie die tatsächliche politische Entwicklung an.

In Westdeutschland, wo diese Bedingungen erfüllt sind, lohnt es sich also, einen Blick auf das Ergebnis der bisherigen Wahlen zu werfen. Allerdings wäre, wenn man nur die Ergebnisse zweier Bundestagswahlen vergleichen könnte, wenig über die politische Entwicklung auszumachen. Man muß schon die Ergebnisse der vorher, dazwischen und danach liegenden Landtagswahlen mit zu Rate ziehen, um einen gewissen Trend zu erkennen. Das ist aus vier Gründen möglich: 1. weil Bund und Länder in ähnlicher Weise parlamentarisch regiert werden, 2. weil in Bund und Ländern die gleichen politischen Parteien auftreten, 3. weil in Bund und Ländern ähnliche Wahlverfahren angewendet werden und 4. weil die Bundespolitik derart im Vordergrund steht, daß auch die Landeshwahlkämpfe gewöhnlich mit Argumenten der Bundespolitik geführt werden. Die kommunalen Wahlen dagegen weichen in allen vier Punkten von den Bundestagswahlen ab und sind deshalb auch nicht vergleichbar.

Will man sich rasch einen Überblick über die bisherige Entwicklung verschaffen, so genügt die Betrachtung der Verhältnisse in den vier größten Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen. In diesen vier Ländern wohnen nämlich fast drei Viertel aller Wahlberechtigten der Bundesrepublik, in Nordrhein-Westfalen allein mehr als ein Viertel. Nur solche Parteien sind bisher im Bundestag als Fraktionen aufgetreten, die wenigstens in einem dieser Länder auch bei den Landtagswahlen erfolgreich waren.

Für eine vergleichende Darstellung dieser Verhältnisse eignen sich die üblichen Prozente der gültigen Stimmen, die die einzelnen Parteien errungen haben, nach denen die Mandate zugeteilt werden, nicht. Bei solchen Prozentzahlen bleiben die Schwankungen

der Wahlbeteiligung unsichtbar, die sich ziemlich einseitig auf die CDU/CSU auswirken und dann über den größeren oder kleineren CDU-Anteil auch den Anteil der übrigen Parteien verändern, wo sich in Wirklichkeit gar nichts geändert haben mag. Eine wichtige Ursache dieser Erscheinung ist der außergewöhnlich hohe *Frauenanteil* unter den CDU-Stimmen. Allgemein sind Männer politisch mehr interessiert als Frauen und beteiligen sich daher auch stärker und regelmäßiger an den Wahlen. Das heißt, der Frauenanteil ist gerade unter den Gelegenheitswählern besonders hoch, von denen sich schließlich die meisten für die CDU/CSU entscheiden, wenn sie sich an einer Wahl beteiligen<sup>1</sup>). Deshalb neigt die CDU dazu, die Wahlen zu dramatisieren, um auch die letzte Wählerin zu mobilisieren.

Die nebenstehende Übersicht über die Wahlergebnisse in den vier größten Bundesländern wird daher in Prozenten der Wahlberechtigten dargestellt, die sich bei allgemeinem und gleichem Wahlrecht selber nur sehr langsam mit dem Bevölkerungswachstum und der Wanderungsbewegung verändern. So ist die Zahl der Wahlberechtigten eine durchaus verlässliche Grundlage für den Vergleich.

Der Anteil der *ungültigen Stimmen* in den Zahlen der letzten Spalte ist gering. Sie machen zwischen vier und zwei Prozent aus, je nach der Schwierigkeit, die das Ausfüllen der Wahlzettel bereitet, und sind mit den Jahren allgemein weniger geworden. Die Schwankungen dieser Zahlen sind also vor allem Schwankungen in der *Wahlbeteiligung*. Dabei ist deutlich zu erkennen, daß Bundestagswahlen größeres Interesse finden als Landtagswahlen. Dies hängt nicht nur damit zusammen, daß der Bundestag größere politische Entscheidungsbefugnisse hat als die Landtage. Es liegt auch daran, daß die meisten Länder wenig eigenstaatliche Tradition besitzen. Wo nämlich eine solche noch lebendig ist wie in Bayern oder Bremen finden manche Landtagswahlen größeren Zulauf als Bundestagswahlen.

In den Zahlen der vorletzten Spalte der Tabelle ist der geringe Anteil von Stimmen für *unabhängige Kandidaten* bemerkenswert. Unabhängige haben nach dem in Westdeutschland üblichen personalisierten Verhältniswahlrecht geringe Chancen. Das Verhältniswahlrecht ist nämlich ein Wahlverfahren, bei dem dem Wähler in jedem Falle weniger Stimmen zugestanden werden, als Mandate zu vergeben sind, gewöhnlich sogar nur eine Stimme für sämtliche Mandate. Daher kann ohne *Parteien* bei uns kein einziges Parlament voll besetzt werden, ja die meisten wären aus Mangel an Abgeordneten nicht beschlußfähig, wenn es keine Parteistimmen mehr zu verrechnen gäbe. Plätze, die der Wähler mit seiner Stimme nicht zu besetzen vermag, können freilich nur durch die Parteien besetzt werden. D. h., das geltende Wahlrecht setzt die Parteien voraus und macht ihre Mitwirkung unentbehrlich.

Von den kleinen Parteien, die sonst in dieser Spalte zusammengefaßt sind, haben nur die *Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung* (WAV) in Bayern und das *Zentrum* (Z) in Niedersachsen bei den ersten Wahlen gewisse Erfolge erzielen können. Neutralistische Gruppen, wie die *Gesamtdeutsche Volkspartei* (GVP), die sich inzwischen aufgelöst hat, und der *Bund der Deutschen* (BdD), sind nie aus dem Schatten der Sperrklauseln herausgekommen, die das Fortkommen kleiner Parteien erschweren. Nach den meisten Wahlgesetzen muß eine Partei nämlich mindestens 5 vH der gültigen Stimmen erringen, um überhaupt Mandate zu erhalten.

Den meisten *rechtsradikalen Gruppen* (nächste Spalte der Tabelle), unter denen die *Deutsche Reichspartei* (DRP) in Norddeutschland und die *Deutsche Gemeinschaft* (DG) in Süddeutschland erwähnt werden können, ist es nicht besser ergangen. Nur in Niedersachsen, wo es der aus der *DRP* hervorgegangenen *Sozialistischen Reichspartei* (SRP) gelang, ehemalige Ortsgruppen der NSDAP zu reaktivieren, gab es 1951 eine bedrohliche

1) Dies weist Gabriele Bremme in „Die politische Rolle der Frau in Deutschland“ (Göttingen 1956) am Ergebnis der Bundestagswahlen von 1953 nach. Vgl. hierzu den Beitrag von Erika Donner „Die Frauen in der deutschen Politik“, Seite 329 in diesem Heft.

Das Ergebnis der Landtags- und Bundestagswahlen  
in den vier größten Bundesländern in Prozent der Wahlberechtigten

WAHL	CDU	SPD	FDP	KPD	Regionale Parteien	Flüchtlingsparteien	Rechtsradikale Parteien	Ubrige Parteien und Unabhängige	Nichtwähler und ungültige Stimmen
<i>Nordrhein - Westfalen</i>									
					Z	BHE			
1. Landtag 20. 4. 47	24,0	20,5	3,8	8,9	6,2	—	0,3	0,3	36,0
1. Bundestag 14. 8. 49	28,6	24,4	6,7	5,9	6,9	—	1,3	3,7	22,5
2. Landtag 18. 6. 50	25,7	22,5	8,4	3,8	5,2	—	1,3	2,8	30,3
2. Bundestag 6. 9. 53 a	40,8	26,6	7,1	2,4	2,3	2,2	—	2,0	16,6
3. Landtag 27. 6. 54	29,4	24,5	8,2	2,7	2,9	3,3	—	0,2	28,8
<i>Bayern</i>									
	CSU				BP				
1. Landtag 1. 12. 46	40,5	22,2	4,4	4,7	—	—	—	5,7	22,5
1. Bundestag 14. 8. 49	23,1	18,0	6,8	3,3	16,5	11,4b	—	—	21,0 f
2. Landtag 26. 11. 50	21,0	21,5	5,4	1,5	13,8	10,0	0,8	2,7	23,3
2. Bundestag 6. 9. 53 a	39,6	19,3	5,1	1,3	7,6	6,8	1,8	1,2	17,3
3. Landtag 28. 11. 54	30,3	22,4	5,8	1,7	10,5	8,1	0,5	0,4	20,3
<i>Baden - Württemberg</i>									
Landtage WB 24. 11. 46									
B. u. WH 18. 5. 47 c	29,2	18,2	11,8	5,9	—	—	—	—	34,9
1. Bundestag 14. 8. 49	26,6	16,0	11,8	4,3	—	6,1	—	2,3	32,9
vfg. Landesv. 9. 3. 52	22,4	17,5	11,2	2,7	—	5,8	1,6	1,1	37,7
2. Bundestag 6. 9. 53 a	41,5	18,2	10,0	1,8	—	4,3	0,8	2,5	20,9
2. Landtag 4. 3. 56	29,4	19,9	11,4	2,2	—	4,3	0,2	1,5	31,1
<i>Niedersachsen</i>									
					DP	BHE			
1. Landtag 20. 4. 47	12,4	26,9	5,5	3,5	11,1	—	0,2	2,6	37,8
1. Bundestag 14. 8. 49	13,4	25,4	5,7	2,4	13,5	—	6,2	9,4	24,0
2. Landtag 6. 5. 51	*	25,1	6,2	1,4	*	11,1	10,5d	20,1 e	25,6
2. Bundestag 6. 9. 53 a	30,3	25,9	5,9	0,9	10,2	9,3	3,1	0,5	13,9
3. Landtag 24. 4. 55	20,3	26,9	6,0	1,0	9,4	8,4	2,9	1,4	23,7

- a) Zweitstimmen;  
b) WAV, durch eine Wahlabsprache mit dem bayrischen Neubürgerbund war diese bei der Bundestagswahl von 1949 praktisch zu einer Flüchtlingspartei geworden;  
c) Kombination der Wahlergebnisse der Wahlen zu den ersten Landtagen in den Ländern Württemberg-Baden, Baden and Württemberg-Hohenzollern;

- d) darunter 8,2 % für die später verbotene SRP;  
e) darunter 17,7% für die aus dem Zusammenschluß von CDU und DP gebildete Niederdeutsche Union;  
f) Differenz durch Runden der Zahlen.

Entwicklung, die indessen durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Oktober 1952 abgeschnitten wurde<sup>2)</sup>.

*Flüchtlingsparteien* wurden vor 1950, solange Parteien lizenzpflichtig waren, nicht zugelassen. Infolgedessen galt die *Notgemeinschaft der Heimatvertriebenen und Kriegsgeschädigten* (NG), für deren Kandidaten 1949 im Lande Württemberg-Baden 9,7 vH der Wahlberechtigten stimmten, nicht als Partei und erhielt über die Landesliste keine Sitze. In Bayern dagegen kamen Vertrauensleute der Vertriebenen über die WAV zum Zuge, die bei dieser Bundestagswahl praktisch von den Stimmen der Flüchtlinge getragen wurde. NG und WAV müssen daher als Vorläufer des BHE betrachtet werden, der sich allerdings in Süddeutschland nicht so schnell durchsetzen konnte wie im Norden. Will man ein zutreffendes Bild von den Chancen des BHE gewinnen, so müssen die Stimmen aller Flüchtlingsgruppen, die der BHE später beerben konnte, zusammen betrachtet werden. Dabei ist ein starker Rückgang in den Ländern zu beobachten, in denen die Flüchtlinge nach wie vor am dichtesten sitzen (Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern), der durch die Zunahme in anderen, vor allem in Nordrhein-Westfalen, wohin nun seit Jahren viele Flüchtlinge weiterwandern, nicht aufgewogen wird. Der Rückgang insgesamt hat vor allem zwei Ursachen: 1. das Absterben der älteren Jahrgänge, von denen der BHE vor allem getragen wird, und 2. die erfolgreiche Eingliederung der jüngeren Jahrgänge, die inzwischen eine neue Heimat gefunden haben. Deshalb hat sich der BHE große Mühe gegeben, zu den Heimatvertriebenen mehr „Entrechtete“ hinzuzugewinnen und zum größeren „*Gesamtdeutschen Block — BHE*“ zu werden<sup>3)</sup>. Allerdings sind viele Versuche, sich aus dieser engen soziologischen Bindung an die Flüchtlinge zu befreien, gescheitert, was den Entschluß der erfolgreichen Gründer und Leiter des BHE zumindest sehr erleichtert hat, als sie im Juli 1955 mit einem Drittel der BHE-Bundestagsfraktion ihre Partei verließen. Nach der ganzen Entwicklung erscheint es zweifelhaft, daß der BHE bei den Bundestagswahlen von 1957 die 5-vH-Hürde der Sperrklausel aus eigener Kraft noch einmal überspringen kann.

*Regionale Parteien* sind solche, die aus historischen Gründen ihr Schwergewicht in ganz bestimmten Gebieten haben wie die *Deutsche Partei* (DP) in den früher weifischen Landen, die *Bayernpartei* (BP) in Urbayern, das *Zentrum* (Z) im ehemaligen Herrschaftsbereich nordwestdeutscher Kirchenfürsten und der *Südschleswigsche Wählerverband* (SSW) im früher dänischen Schleswig. Weil aber vor allem die älteren Jahrgänge solche Anhänglichkeiten bewahren, leiden diese Parteien alle wie der BHE unter Nachwuchssorgen und sind mit den Jahren schwächer geworden. Wohl haben DP und BP gute Aussicht, sich in ihren Stammgebieten länger zu behaupten. Es mag ihnen dort auch gelingen, einige Wahlkreise direkt zu erobern, wenn sich andere Parteien wieder zu Wahlkreisabsprachen bereitfinden. Aber auch das dürfte ihren weiteren Abstieg nicht aufhalten. Wahlkreisabsprachen sind immer von zweifelhaftem Wert, einmal weil dabei viele Stimmen ausfallen — nämlich die Stimmen derjenigen Wähler, die von dem Tauschgeschäft erfahren und denen es mißfällt, vor allem aber weil sie geeignet sind, die beteiligten Parteien in den Augen der Wähler auf lange Sicht zu diskreditieren.

Besonders eindrucksvoll ist der Niedergang der *Kommunistischen Partei Deutschlands* (KPD) während der vergangenen Jahre. Es gibt eben keine Menge sowjetfreundlicher Wahlplakate, die groß genug wäre, den schlechten Eindruck zuzukleben, den die Rote Armee bei ihrem Durchzug durch deutsches Gebiet, die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland und die kommunistische Praxis in der Zone hinterlassen haben.

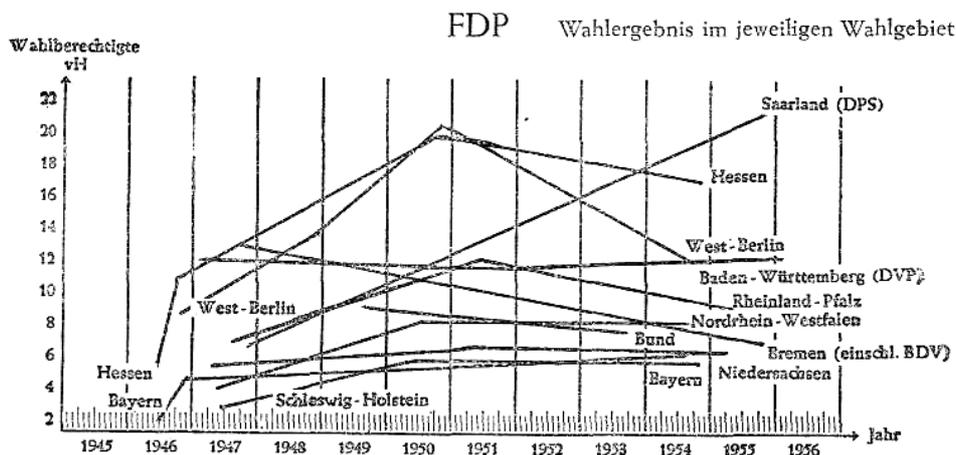
2) Das Urteil wurde auf Grund des Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes gefällt, wo es heißt: „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.“

3) Unter „Entrechteten“ werden die übrigen Geschädigtengruppen zusammengefaßt. Im besonderen versteht man darunter die nach 1945 „entrechteten“ Nationalsozialisten. Anlaß der Namensänderung waren die Kommunalwahlen in Niedersachsen am 9. 11. 1952 unmittelbar nach dem SRP-Verbot, um deren 360 000 Stimmen freilich auch noch andere Parteien in Niedersachsen nach rechts rückten. Zur Entwicklung des BHE Tgl. auch Heinz Hund „Der BHE in Koalition und Opposition“, Mskr. Heidelberg 1956.

Wohl können solchen Übeln andere aus der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entgegengehalten werden. Besser werden sie dadurch nicht. Solange diese Dinge von kommunistischer Seite offiziell verleugnet, inoffiziell entschuldigt werden, solange man die stalinistischen Methoden nicht eindeutig verurteilt und von ihnen abrückt, solange sich die Zustände in der Zone nicht grundlegend ändern und weiter jährlich 200 000 Deutsche ihre Heimat verlassen, um in der Bundesrepublik Zuflucht zu suchen, solange ist mit kommunistischer Propaganda in Westdeutschland nichts zu erreichen.

So betrachtet, hat das Verbot der KPD gem. Art. 21 Abs. 2 GG durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956 der kommunistischen Parteileitung jedenfalls die große Erleichterung verschafft, daß sie jetzt nicht mehr gezwungen ist, eine Wahlniederlage nach der anderen hinwegzuerklären. Und sie kann, was vielleicht noch wichtiger ist, in der Spannung der Illegalität viel besser Geheimnis und Disziplin unter den Genossen wahren. Das Schwergewicht der Parteiarbeit lag sowieso nie auf der parlamentarischen Ebene, sondern im Aufbau von geheimen Betriebszellen, in der Schulung von Revolutionskadern, in der Vorbereitung der gewaltsamen Machtergreifung.

Es lohnt sich, die Entwicklung der drei großen Parteien, die man bestimmt im dritten Bundestag wiedersehen wird, noch genauer zu betrachten, als es die Tabelle zeigt. Dazu werden die Ergebnisse der bisherigen Wahlen im Bund und allen Bundesländern für jede dieser drei Parteien graphisch dargestellt. Die Prozentsätze an gültigen Stimmen, die die entsprechende Partei im jeweiligen Wahlgebiet erreicht hat, sind dabei durch Linien miteinander verbunden, so daß Gewinn oder Verlust von Wahl zu Wahl deutlich werden.

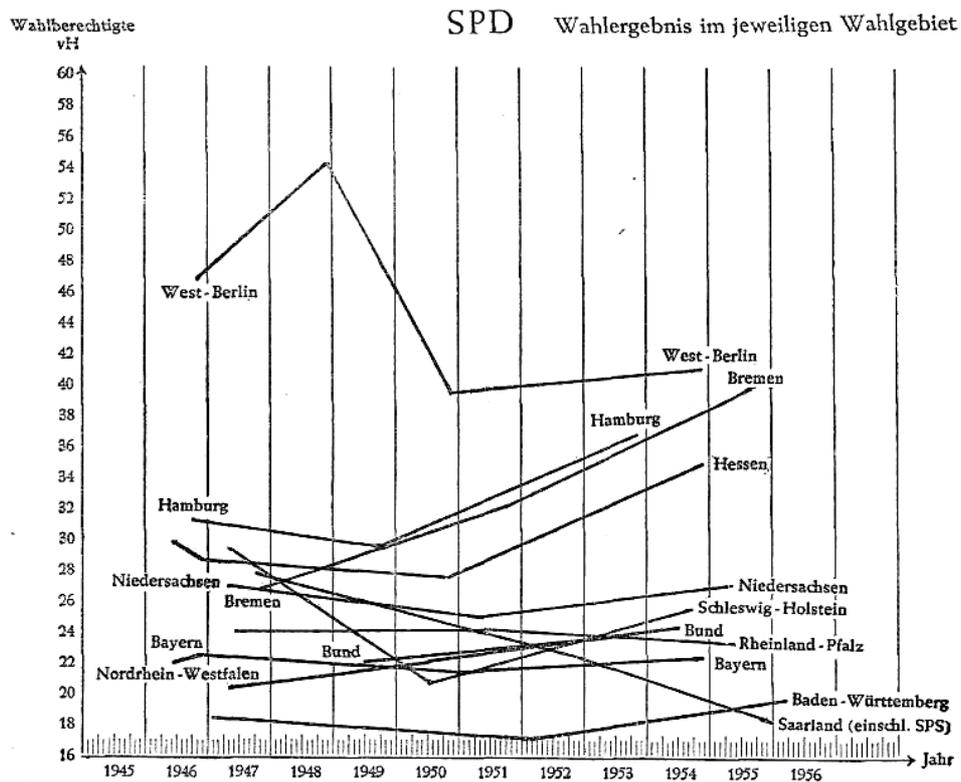


Die Entwicklung der *Freien Demokratischen Partei* (FDP) zeigt anfangs eine starke Zunahme, die mit ihrem im Vergleich zur CDU und SPD späteren Aufbau zusammenhängt. Dann verliert sie jedoch in den meisten Ländern wieder an Stimmen, vor allem in solchen, wo sie anfangs besonders stark zugenommen hatte wie in Berlin, Hessen und Rheinland-Pfalz. Es gibt aber auch Länder, wo die FDP von der zweiten zur dritten Landtagswahl noch eine schwache Zunahme zu verzeichnen hatte, nämlich in Bayern und in Schleswig-Holstein, wo sie von Anfang an am schwächsten war. In Bremen dagegen hat sie von Wahl zu Wahl verloren. Eine ähnliche Entwicklung ist in Hamburg zu vermuten, aber wegen der dortigen Wahlabsprachen mit CDU und DP schwer zu belegen. In Baden-Württemberg, das den jetzigen Parteivorsitzenden stellt, ist sie relativ stark und hat sich durch alle Wahlen ziemlich gleichmäßig gehalten. Das Bild ist also nicht einheitlich und verrät den sehr verschiedenen Charakter der einzelnen FDP-Landes-

verbände. In den süddeutschen Ländern und den Hansestädten ist sie mehr eine liberale Partei, in den übrigen mehr eine deutschnationale. Dies gilt freilich ganz besonders für die *Demokratische Partei Saar* (DPS), die wegen ihrer deutschnationalen Tendenzen bei der Landtagswahl von 1952 verboten war und deren Entwicklung hier völlig aus dem Rahmen fällt. Das Schwergewicht von Nordrhein-Westfalen drückt sich so aus, daß die Entwicklung in diesem Lande der Entwicklung im Bund etwa entspricht. Für die FDP gilt noch mehr als für die anderen großen Parteien, daß ihre Stärke und ihre Schwäche von ihrer Stärke und Schwäche in diesem Lande abhängig ist. Denn es ist ihr zwischen der CDU/GSU als der maßgebenden Regierungspartei und der SPD als der maßgebenden Oppositionspartei im Bund schwer geworden, ein eigenes Profil zu entwickeln. Weder sind ihr durch die langen Jahre, die sie an der Regierung beteiligt war, deren Erfolge zugute gekommen, noch hat sie durch die jeweils vor Beginn des Wahlkampfes eingenommene Oppositionsstellung den Zulauf der Unzufriedenen gewonnen.

Zur Bundestagswahl von 1957 kann man daher mit einem weiteren Rückgang der FDP-Stimmen rechnen, der, wenn sich die beiden großen Parteien im dritten Bundestag wieder als Regierung und Opposition gegenüberstehen (gleich welche dabei die eine und welche die andere Stellung einnimmt), wahrscheinlich auch ferner anhalten wird.

Die Entwicklungslinien der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (SPD), die auf weit höherem Niveau liegen als die der FDP, zeigen ein viel einheitlicheres Bild allgemeiner Aufwärtsentwicklung, wenn man von den außergewöhnlichen Verhältnissen im Saarland, wo die *Sozialdemokratische Partei des Saarlandes* (SPS) deutlich abgewirtschaftet hat, und in West-Berlin<sup>4)</sup> absieht. Wegen ihrer soziologischen Bindung an die



Arbeitnehmerschaft ist die SPD in den drei Städten mit Länderstatus relativ stärker als in allen übrigen Ländern. Man wird daher verstehen, weshalb der SPD mehr als anderen Parteien daran gelegen ist, den Berliner Abgeordneten im Bundestag volles Stimmrecht zu verschaffen. Immerhin ist die soziologische Bindung nicht so eng wie die des BHE an die Flüchtlinge. Das beweisen die hessischen Zahlen, die fast an die der Städte herankommen. Die Entwicklung der SPD im Bund fällt genau mit der in Nordrhein-Westfalen zusammen. Darüber und darunter halten sich Niedersachsen und Bayern, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz die Waage, während die SPD in Baden-Württemberg relativ am schwächsten ist.

In ihrer Stellung als wichtigste Oppositionspartei im Bund steht die SPD nun seit Jahren ebenso im Vordergrund der öffentlichen Meinung wie die CDU/CSU als wichtigste Regierungspartei. Durch ihre Kritik an der Regierungspolitik hat sie viele Wähler sammeln können, die damit unzufrieden sind. Und durch die Ausbildung eines Zwei-Parteien-Systems fallen ihr bei den Wahlen immer mehr Stimmen solcher Wähler zu, die vielleicht einer anderen Partei näherstehen, sich aber praktisch vor der Alternative zwischen Regierung und Opposition, zwischen CDU und SPD, zwischen *Adenauer* und *Ollenhauer* sehen, wenn sie mit dem Stimmzettel über die Regierung entscheiden wollen. Es ist nämlich unwahrscheinlich, daß eine dritte Partei in die Lage kommt, den Bundeskanzler zu stellen, der nach der Verfassung eine starke Position hat. Er kann infolge der Vorschrift des konstruktiven Mißtrauensvotums<sup>4)</sup> während der Legislaturperiode nur unter außergewöhnlichen Umständen gestürzt werden. Und er ist kein „primus inter pares“, sondern weisungsberechtigter Vorgesetzter seiner Minister, denn er bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung<sup>5)</sup>. Infolgedessen müssen kleinere Koalitionspartner gleich bei der ersten Regierungsbildung alle Trümpfe ausspielen. Und ihre Minister können keine selbständige Ressortpolitik betreiben, sondern müssen den Anweisungen des Kanzlers folgen. Das heißt, die Entscheidung zwischen Regierung und Opposition, zwischen CDU und SPD wird dadurch, daß der Wähler seine Stimme einer dritten Partei gibt, nicht aufgehoben, sondern allenfalls weiter übertragen. Und es ist den kleineren Koalitionspartnern nicht möglich, die Erfolge der Regierungspolitik einzuheimsen. Darin besteht der Zug zum Zwei-Parteien-System, aus dem der SPD der Oppositionsgewinn aus allen Arten der politischen Malaise zuwächst.

Die Entwicklung der *Christlich-Demokratischen Union* (CDU) und der eng mit ihr verbundenen *Christlich-Sozialen Union* (CSU) in Bayern zeigt insgesamt eine deutliche Aufwärtsbewegung, die allerdings durch starke Schwankungen unterbrochen ist. In allen Ländern, ausgenommen Nordrhein-Westfalen, hat die Union bei der zweiten Landtagswahl gegenüber der ersten an Stimmen verloren, ein Verlust, der dann bei der dritten Landtagswahl mehr als wettgemacht wurde. Die Wahltermine, zu denen der bisher tiefste Stand der Union in den Ländern erreicht wurde, lagen mit Ausnahme von West-Berlin (Ende 1948) und dem Saarland (Ende 1952)<sup>7)</sup> alle zwischen Mitte 1950 und Anfang 1952.

Dazu muß man wissen, daß Ende Juni 1950 der Korea-Krieg ausbrach, der der Bundesregierung sowohl wirtschaftliche als auch politische Schwierigkeiten bescherte. Während sich vorher und auch nachher der Lebensstandard der Bevölkerung stetig verbesserte, machten von Herbst 1950 bis Ende 1951 steigende Lebenshaltungskosten alle

4) Den Rückgang der SPD-Stimmen in West-Berlin von 1948 bis 1950 hat Stephanie Münke in „Wahlkampf und Machtverschiebung“ (Berlin 1952) eingehend untersucht.

5) Art. 67 Abs. 1 GG „Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Mißtrauen nur dadurch aussprechen, daß er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt . . .“

6) Diese Bestimmung des Art. 65 GG ist durch die Geschäftsordnung der Bundesregierung vom 11. 5. 1951 noch weiter ausgebaut worden.

7) Die Linie der Graphik für das Saarland bezieht sich auf die Entwicklung der Christlichen Volkspartei des Saarlandes (CVP), für das letzte Datum auf die Stimmen von CDU plus CVP, weil sich diese beiden saarländischen Parteien, nachdem die nationale Frage erledigt ist, wahrscheinlich vereinigen werden, und sei es zunächst nur in einer gemeinsamen Fraktion im dritten Bundestag.

normalen Einkommenssteigerungen zunichte. Politische Schwierigkeiten ergaben sich daraus, daß im Herbst 1950 die Westmächte erstmals nach dem Kriege offen deutsche Soldaten herbeiwünschten, die einen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas leisten sollten. Als der Bundeskanzler diesem Gedanken zustimmte, sank seine Popularität rasch ab. Der Bundesinnenminister legte sein Amt nieder, und die SPD-Opposition forderte Neuwahlen. 1951 brachte den Höhepunkt der „Ohne-Mich-Bewegung“. Erst 1952 hatte sich die Bevölkerung einigermaßen an den Gedanken einer deutschen Wiederbewaffnung gewöhnt, war die Krise der CDU überwunden.

An diesem und anderen Beispielen läßt sich nachweisen, daß die Entwicklung der CDU/CSU weitgehend vom Erfolg der Bundesregierung abhängt und mit der Popularität des Bundeskanzlers schwankt. 1953 ist ihr der politische und wirtschaftliche Aufstieg Westdeutschlands gutgeschrieben worden, zumal die SPD diesen Aufstieg glatt bestritt. Seither erhält die Union vor allem in den protestantischen und gemischt konfessionellen Gebieten weit mehr Stimmen als früher. Allerdings liegt ihr Schwergewicht nach wie vor im katholischen Westen und Süden der Bundesrepublik.

Ein Wahlerfolg wie der der CDU/CSU bei der Bundestagswahl von 1953 wird sich in diesem Jahr wahrscheinlich nicht wiederholen. Denn auch die SPD hat inzwischen dazugelernt. Und von den vielen unentschiedenen Wählern, die es vor 1953 noch zu gewinnen gab, haben sich heute die meisten schon auf eine der beiden großen Parteien festgelegt. Der Wahlkampf mag noch viele Überraschungen bringen. Einstweilen sieht es nach den Berichten der Meinungsforscher so aus, als ob es ein knappes Rennen gäbe. Aber sicher ist es wieder ein Rennen zwischen CDU und SPD, bei dem alle anderen nur unter „ferner liefen“ registriert werden.

